

kern nichts – Berlin und erst recht Hessen hat es gezeigt –, mit den nationalistischen und fremdenfeindlichen Wölfen zu heulen. Die Asylanten- wie die Aussiedlerströme machen allen zu schaffen, den zuständigen Bundes- und Landesbehörden, den Kommunen und auch den Wohlfahrtsverbänden. Man setze sich zusammen und rede ohne ideologische Scheuklappen, dafür höflich miteinander – damit hilft man den Deutschen, den Asylanten und sich selbst. se

## Alte Formeln?

### Lafontaine und der Sonntag

Auch wenn es um den Sonntag geht, läßt der saarländische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine keine Gelegenheit aus, um auf sich aufmerksam zu machen und seinen politischen Standort – wenn man es denn so nennen will – als Exponent einer modernen, unideologischen und beweglichen SPD zu markieren, die Medien, potentielle Wähler und den eigenen politischen Kurswert immer fest im Visier.

In den letzten Wochen hat sich der SPD-Politiker mit Regelmäßigkeit in Interviews und bei öffentlichen Veranstaltungen ohne Umschweife dazu bekannt, künftig nicht nur den Samstag, sondern auch den *Sonntag* in den Arbeitsrhythmus einzubeziehen. Pikanterweise gab es in denselben Wochen eine erbitterte Tarifauseinandersetzung in der Druckindustrie um das zulässige Ausmaß von *Samstagsarbeit*. Während ein Teil der DGB-Gewerkschaften am liebsten Samstagsarbeit zum Tabu erklären würde, empfiehlt Lafontaine, die Diskussion über Sonntags- und Samstagsarbeit „ohne Blockaden“ zu führen und sich von „alten Formeln“ zu lösen. Über ersteres läßt sich nicht nur reden, sondern es ist eigentlich selbstverständlich, wenn eine Diskussion etwas taugen soll. Letzteres zeigt mehr als deutlich, in welche Richtung es nach Lafontaine gehen

soll und welchen Stellenwert er dabei Überzeugungen und Überlieferungen zumißt, die bis vor nicht allzu langer Zeit noch Allgemeingut waren.

Auch wenn in der Praxis, insbesondere im Freizeitbetrieb und im damit verbundenen Dienstleistungssektor noch so sehr gesündigt wurde (und wird), über die Aussparung des Sonntags aus dem normalen Arbeitsrhythmus herrschte bis vor kurzem *weitgehender gesellschaftlicher Konsens*. Das scheint sich zu ändern. Insofern darf man Lafontaines Stellungnahmen nicht als Profilierungsübungen abtun, sondern muß sie als Signal ernst nehmen.

Aber der Schutz des Sonntags hat in der Bundesrepublik Verfassungsrang. Daran wird sich mit Sicherheit nichts ändern. Doch auch in diesem Punkt hilft der schönste Verfassungstext nichts, wenn er vom gesellschaftlichen Bewußtsein nicht getragen und in der Verfassungswirklichkeit ständig unterlaufen wird. Es ist deshalb an sich die Aufgabe verantwortlicher Politiker, für „Verfassungspatriotismus“ einzustehen und ihn zu fördern. Nach Artikel 140 des Grundgesetzes gilt unmißverständlich: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Robert Spaemann hat darauf hingewiesen, daß es nicht von ungefähr heißt, der Sonntag *bleibe* geschützt. Diese Formulierung erinnere daran, „daß der Sonntag nicht eine Schöpfung des Staates ist, sondern ein sehr viel älteres und fundamentaleres Element unserer Zivilisation, das seine Existenz nicht dem Staat verdankt, obwohl es auf dessen Schutz angewiesen ist“ (vgl. HK, Oktober 1988, 431). Was aus dieser Haltung heraus das Grundgesetz und mehrere Landesverfassungen über den Sonntagsschutz sagen, sind für Lafontaine „alte Formeln“. Dieser nicht nur oberflächliche, sondern geradezu schnöde Umgang mit überkommenen Wertvorstellungen (und noch dazu solchen mit Verfassungsrang), gibt den Äußerungen des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden zum Sonntag ihre eigentliche Brisanz. Daß über den Sonntag diskutiert wird, ist ja per se

keineswegs schädlich. Im Gegenteil: es kann zu einer neuen Besinnung auf das führen, was der Sonntag für unser Leben und Zusammenleben bedeutet, weshalb er ein prinzipiell *gemeinsames Kulturgut* ist, das *deshalb* unter dem Schutz des Staates steht, und wie dem in der Praxis zeitgerecht Rechnung zu tragen ist. Aber es kommt eben sehr darauf an, *wie* darüber diskutiert wird. Die Lässigkeit, mit der es Lafontaine tut, ist zweifellos nicht hilfreich, dafür – leider Gottes – jedoch anscheinend symptomatisch. Der ebenso gedankenlose wie kalkulierte Populismus, in dem manche Unionspolitiker mit der Asyl- und Ausländerpolitik und den einschlägigen Verfassungsgrundsätzen rhetorisch hantieren, ist allerdings ein nicht weniger bemerkenswertes Symptom für eine Entwicklung, die für das politische Leben hoffentlich nicht dominierend wird: die *Erhebung der Anpassungsschläue zur höchsten politischen Tugend* und die Etablierung eines Politikertyps, der zwar reich gesegnet ist mit technokratischem Know-how, dem es aber nicht nur an Orientierungswissen fehlt, sondern dem es sogar überflüssig scheint, sich damit auseinanderzusetzen. ko

## Verpaßte Chance

### Italiens Verfassungsgericht entscheidet gegen Alternative zum Religionsunterricht

Nach langem Kleinkrieg durch Ministerialverordnungen, veränderte Ministerialverordnungen, Parlamentsdebatten und Verwaltungsgerichtsverfahren hat das italienische Verfassungsgericht Anfang März nun entschieden: Den *Alternativunterricht* als Pflichtfach für jene, die den Religionsunterricht nicht besuchen, wird es nicht geben. Weil das Gericht die Urteilsbegründung noch nicht vorgelegt hat, ist unklar, *wie* die Zeit während der Religionsstunde von denen zu verbringen ist, die die Religionsstunde nicht besuchen – mit privatem Lernen in den Schulräumen unter Aufsicht,